

Bedrohte Jugend

Wiener Mindestsicherung. Soziale Inklusion geht anders.

Nicht genug damit, dass die seit Frühjahr 2018 geltende Wiener Mindestsicherung jungen Erwachsenen die Zwangskonsumation diverser Unterstützungsangebote unter dem Deckmantel der (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben und sozialer Inklusion beschert, wird der Mindeststandard dieser Zielgruppe bei Nichteinhaltung swe Vorgaben um mindestens ein Viertel gekürzt.

Laut den Zielen und Grundsätzen der Wiener Mindestsicherung soll im Besonderen die dauerhafte Eingliederung oder Wiedereingliederung von volljährigen Personen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres in das Erwerbsleben sowie die soziale Inklusion gefördert werden. Erstmals wurde aber mit der Novelle eine Untergruppe der Erwachsenen geschaffen; 18 bis 25-Jährige werden anders behandelt.

Bei der Umsetzung dieses Vorhabens ging also wohl so einiges schief, denn die genannte Zielgruppe erhält nur

noch 75% des Mindeststandards, d.h. 647,28 Euro anstatt 837,76 Euro, wenn die betroffene Person im Bezugsmonat keine laufende Schul- bzw. Berufsausbildung absolviert bzw. sich nicht in einem Beschäftigungsverhältnis oder einer der diversen Kursmaßnahmen befindet.

Es besteht zwar die Möglichkeit, diese innerhalb von vier Monaten nachzuweisen, aber was ist mit jenen, die aus körperlichen, psychischen oder familiären Gründen bereits in der Vergangenheit nicht in der Lage waren und aktuell sind, die neuen, sehr strengen Vorgaben einzuhalten?

Es geht aber noch schlimmer. Nur 50% des Mindeststandards, das sind nur noch EUR 431,52 pro Monat, erhalten jene 18 bis 25-Jährigen, die noch im elterlichen Haushalt bzw. bei den Großeltern leben und keine der oben angeführten Beschäftigungsformen nachweisen können.

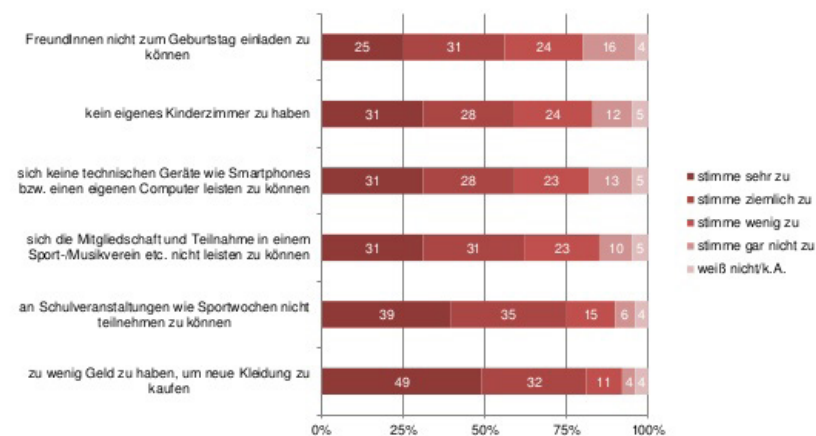
Eigenständiges Wohnen kostet und durch diese massive Kürzung wird der Schritt junger Erwachsener

hin zum selbständigen Wohnen immer mehr erschwert. Das Ansparen für Kautions-, Vertragserrichtungsgebühren, Mobiliar usw. ist trotz möglicher Unterstützung der MA40 nämlich unerlässlich.

Bei Quadratmeterpreisen von durchschnittlich 12 Euro ist Wohnen in Wien sogar für viele Erwerbstätige schwer finanzierbar. Die ohnehin schon großen Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt für arbeitslose Menschen werden sich weiter verschärfen. Trotz der Möglichkeit, Mietbeihilfe über die MA40 sowie Wohnbeihilfe (MA50) zu beziehen, werden die erneuten Kürzungen viele Mindestsicherungsbeziehenden vor kaum bewältigbare Probleme stellen.

Leider werden die ersten Folgen schon im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar. Wir wissen aus unserer Arbeit, dass einige von diesen Kürzungen betroffene junge Erwachsene bereits auf der Straße leben müssen.

Armut bedeutet für Kinder und Jugendliche...



Das Geld, das mit der Staffelung des Mindeststandards vermeintlich eingespart wird, wird die Politik postwendend in Delogierungsprävention und die Erweiterung der Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe investieren müssen, wenn es nicht zu einer Verfestigung der Wohnungslosigkeit kommen soll. Die im Gesetz genannte Ziele der Eingliederung oder Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sowie der sozialen Inklusion erscheinen unglaublich, wenn gleichzeitig eine große Gruppe von Menschen aufgrund der

gekürzten Mindeststandards immer weiter an den Rand der Gesellschaft und in die Verarmung getrieben wird.

Wo sind die Unterstützungsangebote für jene 18- bis 25-Jährigen, die nicht in das von der Politik eng gesteckte Schema passen? Ohne gesicherte Existenz, besonders aber ohne gesicherten Wohnraum wird es für junge Menschen immer schwerer, sich auf die Ausbildung zu konzentrieren oder einen Arbeitsplatz zu finden, womit die eigene Wohnung erst recht zu einem unfinanzierbaren Traum wird.

Höchste Zeit für Widerstand!

Schlag auf Schlag prasseln die reaktionären Entscheidungen der schwarz-blauen Regierung auf uns nieder. Nur konsequenter Widerstand bis hin zu einer breiten Streikbewegung wird ihre Pläne zugunsten der Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Menschen noch aufhalten können.

Der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche sind bereits beschlossen. Bald werden sich die verheerenden Auswirkungen zeigen.

Ins Visier genommen wird ebenfalls unsere Sozialversicherung mit ihrer seit der Ersten Republik (mit Ausnahme des Faschismus) bestehenden Selbstverwaltung. In Zukunft wird hier die Wirt-

schaft über unser Geld und unsere Sozialleistungen bestimmen. Wir werden nicht nur enteignet und dürfen nicht mehr demokratisch selbst über unsere Sozialversicherungsbeiträge entscheiden, sondern wissen auch schon jetzt, dass ein riesiges Sparpaket auf uns zukommt.

Gelder für viele Frauenorganisationen wurden ersatzlos gestrichen, was dazu führen muss, dass für zahlreiche Frauen ein selbstbestimmtes Leben noch unmöglicher wird.

Die Mindestsicherung soll bundesweit gekürzt werden, was uns als Verheerlichkeit verkauft wird. Gegen diese wäre ja prinzipiell nichts einzuwenden, wenn es sich da-

bei um eine Verbesserung für jene handeln würde, die heute schon zu wenig zum Leben haben. Auch in Österreich droht Hartz IV, welches in Deutschland dazu führt, dass Millionen dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind.

Der Jugendvertrauensrat wird ersatzlos abgeschafft. AsylwerberInnen werden immer mehr drangsaliert und ihrer Rechte beraubt.

Grund genug, die Angriffe der Regierung mit einem heißen Herbst zu beantworten. Daher rufen wir jetzt schon zur Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am 15.12. auf. Details unter: www.heisserherbst.at

Gemeinsame Veranstaltung von IG Social und IG Education: Auswirkungen der Ökonomisierung in der Erwachsenenbildung

In kaum einem Bereich unserer Branche ist die Privatisierung weiter fortgeschritten als in der Erwachsenenbildung. Öffentliche Angebote sind Mangelware. Das hat zur Folge, dass zahlreiche Betriebe mittlerweile profitorientiert arbeiten und geht auf Kosten der Qualität für die Lernenden. Die Arbeitsbedingungen der KollegInnen bleiben auf der Strecke. Zuletzt angekündigte Einsparungen beim AMS werden diese Situation noch weiter verschlechtern.

Wir diskutieren am **26.11.2018, ab 18 Uhr 30** in der **Fachbuchhandlung des ÖGB**

Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse
1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

- ★ **Markus Haunschmid**, Mitglied im Bundesausschuss der IG Education
- ★ **Gernot Mitter**, Fachmensch der AK für Arbeitsmarktpolitik
- ★ **Stefanie Steininger**, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende BBRZ Reha